



über  
Herrn Oberbürgermeister  
Gert-Uwe Mende

*Gen 297.  
10711A*

Der Magistrat

Bürgermeister

über  
Magistrat

Dr. Oliver Franz

und  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Christa Gabriel

*23* . Juli 2019

an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integra-  
tion, Kinder und Familie

**Sachstand Beschluss Nr. 0102 vom 22. August 2018 Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen; Beschluss Nr. 0083 vom 8. Mai 2019, (Vorlagen-Nr. 19-F-05-0016)**

Im vergangenen Jahr hat der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie auf Antrag der FDP-Fraktion („Wirtschaftspolitik auch als Sozialpolitik begreifen - Geringqualifizierte in den Fokus rücken“) folgenden Beschluss gefasst:

- 1) Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zu dem Grundsatz, dass Stadtplanung und Ansiedlungspolitik nicht getrennt von der Lage auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden dürfen, sondern auch Instrumente einer präventiven Sozialpolitik darstellen, welche sich zum Ziel setzt, die Jobchancen von Geringqualifizierten zu bewahren und, wenn möglich, zu verbessern.
- 2) Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zur Mobilisierung von Gewerbeflächen für die oben genannten und/oder weiteren geeigneten Branchen zu erarbeiten, mit dem Ziel, das verfügbare Gewerbeflächenpotenzial besser zu lokalisieren und zu vermarkten.
- 3) Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
  - a) Welche Rahmenbedingungen finden die Branchen Zeitarbeit, Logistik und Distribution, Abfallwirtschaft, Gastronomie und Reinigungsdienstleistungen zurzeit in der Landeshauptstadt vor?
  - b) Wie hat sich die Zahl der Unternehmen / die Zahl der Beschäftigten in diesen Branchen in den letzten Jahren entwickelt? Sind Trends erkennbar?
  - c) Wie schätzt der Magistrat die Möglichkeiten ein, diese Branchen durch eine bevorzugte Flächenvergabe zu fördern?
  - d) Welche Kontroll- und Anpassungsmechanismen hinsichtlich der erfolgreichen Erwerbsintegration Geringqualifizierter bestehen oder sind geplant?
  - e) Ob und wenn ja wie berücksichtigen wirtschaftspolitische Maßnahmen der LHW auch die soziale Bedarfslage in Wiesbaden?

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung des Beschlusses Nr. 0102 vom 22.08.2018 zu berichten.

Zu 3a.:

Als Serviceleistung der Wirtschaftsförderung werden Standortberatungen angeboten, wenn Unternehmen Flächen suchen, um sich neu anzusiedeln oder ihren Sitz innerhalb Wiesbadens zu verlagern. Unter dem Aspekt der Flächenverfügbarkeit sind die Rahmenbedingungen für die genannten Branchen Zeitarbeit, Logistik und Distribution, Abfallwirtschaft, Gastronomie und Reinigungsdienstleistungen nicht optimal, denn das Angebot an Gewerbeflächen in Wiesbaden ist unzureichend. Insbesondere Flächen in Gewerbegebieten und größere Einheiten sind nur noch in geringem Maße verfügbar.

Konkret wurden in den letzten Jahren bei der Wirtschaftsförderung Flächen insbesondere von ortsansässigen Dienstleistungs-, Produktions-, Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben angefragt. Auch aus dem nahabsatzorientierten Dienstleistungssektor (Beratung, Wartung, Service, Reinigung) sowie von Logistik- und Distributionsunternehmen sind vermehrt Anfragen zur Unterstützung bei der Flächensuche eingegangen.

Das Stadtplanungsamt arbeitet derzeit an einem teilräumlichen Gewerbekonzept für den Impulsraum „Gewerbeflächen entlang der A66“, um wenigstens einen Teil des Bedarfs an Gewerbeflächen decken zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, ob in diesem Gewerbekonzept auch größere Flächen für Distributions- und Logistikunternehmen vorgesehen werden. Insbesondere in der Logistikbranche werden Arbeitsplätze für Geringqualifizierte angeboten.

Zu 3b.:

Bei verschiedenen Branchengesprächen des Bürgermeisters bzw. bei Kontakten der Wirtschaftsförderung mit namhaften Unternehmensvertretern vermeldeten diese positive Entwicklungen bei Auftragslage wie auch Expansion. Branchenübergreifend wird zunehmend die Personalakquise, insbesondere im Niedriglohnssektor (Gastronomie, Handel, Reinigungsdienstleistungen etc.), als Problem genannt.

Für Wiesbaden zeigt die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Fünfjahresvergleich eine Zunahme der Zahl der Beschäftigten in den genannten Branchen, überdurchschnittlich in den Bereichen Abfallwirtschaft, Gastronomie, Reinigungsdienstleistungen und Logistik, nur geringfügig hingegen bei der Zeitarbeit. Die Zahl der Unternehmen in den Branchen Zeitarbeit, Abfallwirtschaft, Gastronomie und Reinigungsdienstleistungen ist leicht angestiegen, im Bereich Logistik und Distribution dagegen rückläufig. (Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit 2018 und 2013, Auswertung der Branchen z. T. nur zusammengefasst und nicht trennscharf möglich).

Zu 3c.:

Grundstücksverkäufe erfolgen EU-beihilfekonform über einen gutachterlich festgestellten Grundstückspreis, daher ist ein bevorzugter Verkauf an Unternehmen bestimmter Branchen

nicht möglich. Die (nicht monetäre) Unterstützung, die die Wirtschaftsförderung interessierten Unternehmen anbietet, umfasst Standortberatungen und Unterstützung im Baugenehmigungsverfahren („Lotsenfunktion“ sowie Einberufung und Moderation von Ämterrunden).

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Ziller', written in a cursive style.